

## Rede der SPD-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2010 des Rems-Murr-Kreises

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Kreishaushalt als ein in Seenot geratenes Schiff, in dem die Navigation in die Zukunft mangels Orientierungsmarken schwer fällt – kaum auf Kurs zu halten. Diese metaphorischen Worte mit dramatischem Szenario wählten Sie, Herr Landrat, bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs. Dieser lässt nicht an ein in Seenot geratenes Schiff erinnern – der Haushalt lässt vielmehr an eiskalte See, Nebel und Eisberge denken, deren nicht erkennbare Masse ein Schiff zum Sinken bringen kann. Soll heißen, dass der Haushalt 2010 in einem noch viel stärkeren Maße von unbekanntem und überwiegend nicht beeinflussbaren Größen bestimmt wird, als in den Vorjahren.

Meine Damen und Herren,

vor uns liegt ein Haushaltsentwurf nach neuem Haushaltsrecht. Ein Haushalt, der ein veranschlagtes Gesamtdefizit im Ergebnishaushalt in Höhe von rd. 5,4 Mio Euro ausweist. In den Vorjahren 2009 und 2008 standen hier noch positive Zahlen, nämlich rd. 2,8 und 5,4 Mio. Euro. Berücksichtigen wir, dass sich der Haushalt 2010 an den Strukturdaten von 2008 orientiert, wird deutlich, wie der finanzielle Spielraum für den Landkreis – aber auch für die Kommunen – in den kommenden Jahren aussehen wird.

Das neue Haushaltsrecht verlangt, dass mit einem negativen Ergebnis auch ein Haushaltsstrukturkonzept vorgelegt werden muss. Das bedeutet, wir brauchen ein Konzept, das nicht wahllos Maßnahmen streicht, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, die Wirtschaftlichkeit dieser Maßnahmen abzubilden.

Die Frage „Warum soll diese Maßnahme gestrichen werden?“ muss bereits bei Vorliegen des Entwurfs nachvollziehbar beantwortet sein. Die Bildung einer Haushaltstrukturkommission erst nach Vorlage des Haushaltsentwurfes ist unseres Erachtens viel zu spät. Denn ein alleiniger Blick auf die Höhe der Investition reicht nicht aus, wenn der vor uns liegende Weg zukunftsorientiert und nachhaltig beschritten werden soll. Ist es richtig, dass eine Photovoltaikanlage auf dem beruflichen Schulzentrum Schorndorf in Höhe von 140.000 Euro gestrichen wird, obwohl diese sich nicht nur amortisiert, sondern auch einen Baustein für die Erfüllung unserer Ziele im Rahmen einer zukunftsweisenden Energie- und Klimaschutzpolitik darstellt? Gleiche Frage stellt sich bei unseren Liegenschaften, deren Sanierung von der Umsetzung aus den Ergebnissen der Energiekonzepte profitieren. Diese Haushaltsansätze fallen ohne Darstellung einer Plausibilität und Wirtschaftlichkeit einem leichten Federstrich zum Opfer. Auch notwendige Maßnahmen bei Jugend und Bildung wie z.B. die Mensa in Waiblingen. Ist dieser Weg richtig? Diese Frage dürfte rhetorischer Natur sein!

Meine Damen und Herren, aus der Kreisumlage erwarten wir Mehreinnahmen von 9 Mio. Euro, wohingegen bei den Schlüsselzuweisungen vom Land, Grunderwerbsteuer und Zuweisung für Sozillastenausgleich die Mindereinnahmen von insgesamt 6,3 Mio. Euro betragen. Das unterstreicht die Bedeutung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2010. Es wird damit aber auch die gestiegene Steuerkraftsumme unserer Städte und Gemeinden in den vergangenen Jahren ausgedrückt. Die Höhe der Kreisumlage zeigt vor allem, dass die Kommunen für den Kreis tiefer in die Tasche greifen (müssen), als in den vergangenen Jahren. Es ist daher billig und recht, über die Höhe der Kreisumlage zu diskutieren. Natürlich dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, welche Aufgaben der Kreis in den kommenden finanzschwachen Jahren bewältigen muss. Selbstverständlich muss der Haushalt 2010 solide finanziert sein. Die SPD-Fraktion befürwortet daher, den Hebesatz der Kreisumlage auf 36 % festzusetzen. 36 % deshalb, weil wir heute Haushaltsanträge stellen werden, mit denen auch die Streichungen von zukunftsorientierten Maßnahmen - vor allem bei Jugend und Bildung sowie bei Energiekonzepten - zurückgenommen werden sollen. Sollten unsere Anträge für diese für den Kreis notwendigen Maßnahmen nicht mehrheitlich getragen werden, unterstützen wir, den Hebesatz der Kreisumlage auf 35,25 % zu senken – und das, obwohl bereits im vorliegenden Haushaltsentwurf eine Nettoneuverschuldung von rd. 4,5 Mio. Euro vorgesehen ist.

Grundsätzlich aber brauchen sowie die Kommunen als auch der Landkreis Kontinuität und Verlässlichkeit bei der Höhe der Kreisumlage. Daher möchten wir den Gedanken einer Festsetzung der Kreisumlage nach Betragshöhe oder Prozentpunkten auf einen bestimmten Zeitraum zur Diskussion stellen.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass aufgrund der Verwaltungsreform auf die Städte und Gemeinden erhebliche Mehrkosten zukommen. Das Ziel einer 20-prozentigen Effizienzrendite ist verfehlt. Der Kreis belastet nun seine Kommunen, damit das Defizit ausgeglichen werden kann. Herr Landrat, wir fordern Sie zum aktiven Handeln auf, damit die Zusage des ehemaligen Ministerpräsidenten Teufel, wonach durch die Verwaltungsreform die Kreisumlagen „nicht mit einem Euro“ belastet werden sollen, endlich Realität wird.

Auch ist nicht evident, warum sich Kommunen und der Landkreis an dem Projekt Stuttgart 21 – also an Verträgen Dritter – beteiligen sollen, obwohl sie keinerlei Mitwirkungsrechte und überdies inzwischen mit großen Finanznöten zu kämpfen haben. Bevor hier ein Cent nach Stuttgart überwiesen wird, geben wir der Verwaltung den Prüfungsauftrag, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, sich gegen eine finanzielle Beteiligung an Stuttgart 21 zu wehren.

Meine Damen und Herren, der frisch ausgehandelte Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP lässt viele Fragen offen. Doch er gibt im vorausseilenden Gehorsam bereits heute wenigstens eine Antwort für unsere Zukunft: Kommunen und Kreis aber auch Land werden die Auswirkungen des „Schuldenbeladenden Koalitionsvertrages“ zeit- und hautnah zu spüren bekommen. Die Koalitionsvereinbarung enthält viele Vorhaben, die zur Verschlechterung der Einnahmen der Kommunen und gleichzeitig zur Erhöhung der Sozialausgaben führen werden.

Auch die uralte FDP-Forderung nach Abschaffung der Gewerbesteuer lässt für die Kommunen nichts Gutes erahnen. Seit Jahren halten wir die Abfallgebühren im Kreis stabil. Ob sich dieser Erfolg weiter fortsetzt, ist angesichts der Umsatzsteuerrückstellungen für kommunale Betriebe durch Schwarz-Gelb fraglich. Es wird sich auf den Gebührenzahler auswirken – frei nach dem Motto: „Den letzten beißen die Hunde.“

Wir stehen vor einer gravierenden gesellschaftlichen Veränderung der Altersstruktur. Die Folgen des demographischen Wandels sind bereits abzusehen. Die Alterung der Gesellschaft hat weit reichende Auswirkungen auf unser Wirtschafts- und Sozialsystem und betrifft Politikfelder wie Schule, Verkehr, Gesundheit, Altenhilfe, Kindergärten etc. Gleichzeitig sind durch den zu erwartenden Rückgang der Bevölkerungszahlen besonders die kommunalen Finanzen betroffen. Daher brauchen wir dringend strategische Konzepte und politisch abgestimmte Ziele zu der Frage, wie die Folgen des demographischen Wandels bearbeitet werden können. Wir müssen uns nun endlich davon verabschieden, dass die Forderung nach immer neuen Straßen sowie nach immer mehr Versiegelung nicht das Rezept unserer zukünftigen Aufgabenbewältigung sein kann, denn, meine Damen und Herren, Straßenbau ist nicht immer nachhaltig und zukunftsorientiert!

Wir sind gefordert, Ideen und neue Konzepte zu entwickeln, um die Menschen, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben, nicht mit immer neuen Straßen und damit immer mehr Verkehr zu belasten.

Dies gilt insbesondere auch für neue Straßenbauprojekte wie die Neckarquerung und ihre mögliche Fortsetzung in einem Nord-Ost-Ring durch die Freifläche Schmidener Feld. Diese müssen sowohl mit Blick auf den demographischen Wandel als auch aus ökologischen Gründen und vor allem angesichts leerer Kassen erneut auf den Prüfstand. Mittlerweile wächst der Widerstand in der betroffenen Raumschaft weiter: Stuttgart, Kornwestheim und Fellbach sind dagegen. Auch in Waiblingen zeichnet sich inzwischen eine mehrheitliche Ablehnung ab. Es müssen Alternativlösungen entwickelt werden, die z.B. den schienengebundenen Nahverkehr zwischen Ludwigsburg und Waiblingen zum Gegenstand hat. Auch alle Remstalgemeinden würden unter dieser Neubaumaßnahme erheblich leiden. Der mautverdrängte Schwerlastverkehr bringt Geld in die Kasse des Bundes, führt aber zu einer steigenden LKW-Belastung im Kreis - der stärkste Zuwachs wird auf der B14 (Zählstelle Strümpfelbach) gemessen - hier fahren LKWs bereits vielfältig im Raum Schwäbisch Hall oder in Mundeslheim / Pleidelsheim / Ilsfeld ab und nutzen die örtlichen Straßen, um Maut sparen. Das belastet nicht nur die Gesundheit der Bevölkerung, das wird den Landkreis auch finanziell belasten, denn, die lokalen Straßen sind nicht explizit für den Schwerlastverkehr ausgelegt.

Die Gemeinde Remshalden leidet beispielsweise sehr darunter, dass sich die B 29 zu einem autobahnartigen Verkehrsband entwickelt hat. Es entsteht der Eindruck, dass großartige Momente in Vergessenheit geraten: Der Mensch hat das Auto erfunden – nicht das Auto den Menschen!

Der demographische Wandel fordert aber auch: Ein Schwerpunkt unserer Arbeit im Kreis wird der soziale Bereich sein – unsere sozialdemokratischen Ansätze gingen seit je her in die-

se Richtung. Ein moderner Staat muss sich um diejenigen kümmern, die Hilfe brauchen. Alle Menschen profitieren davon. Ohne einen angemessenen Beitrag eines jeden nach seiner Leistungsfähigkeit geht es nicht. Ohne die Vorleistungen der Allgemeinheit, wäre niemand zu seinem Wohlstand gekommen.

Im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe ist daher neben dem wichtigen Ausbau der Kindertageskrippen eine Ergänzung des Angebotes für die Tageseltern unerlässlich. Der Kommunalverband für Jugend und Soziales hat mit seiner Empfehlung, einen Betrag von 3,90 Euro pro Kind und Stunde festzusetzen, nicht seinen Puls an der Zeit.

Wir unterstützen den CDU-Antrag, den Betrag auf 5,50 Euro zu erhöhen. In diesem Zusammenhang darf ich allerdings Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Kreistagsfraktion bitten, Ihren Antrag auch an die Landes-CDU zu stellen. Denn die Landes-CDU hat sich für einen Betrag von lediglich 4,20 Euro ausgesprochen.

Die Mensa im Beruflichen Schulzentrum Waiblingen, meine Damen und Herren, befindet sich in einem untragbaren Zustand. Nur mit einem raschen Neubau kann eine ordentliche Versorgung der über 4.000 Schülerinnen und Schüler sichergestellt werden. Derzeit ist dies nicht möglich. Nicht nur die hygienischen Verhältnisse sind unzureichend. Der Landkreis muss auch dafür Sorge tragen, dass die Schülerinnen und Schüler sich in Ihrer Schule wohl fühlen. Die Wettbewerbssituation mit Einrichtungen in anderen Landkreisen, der Landeshauptstadt und privaten Angeboten (bzw. mit der Landeshauptstadt) erfordert sofortiges Handeln.

Die SPD-Fraktion beantragt daher den schnellen Neubau der Mensa im beruflichen Schulzentrum Waiblingen.

Da keine anderen Mittel zur Verfügung stehen, muss die Finanzierung dieser Maßnahme über eine zusätzliche Kreditaufnahme erfolgen. Die Finanzierung würde sich allerdings anders darstellen, wenn die Landesregierung endlich Ihre Verweigerungshaltung aufgäbe und die Ganztagschule im Schulgesetz aufnähme. Doch lieber belastet die Landesregierung die Kommunen mit den Kosten für Ganztagschulen und setzt auch hier ein Zeichen von Verantwortungslosigkeit. Viel lieber macht sich die Landesregierung Gedanken, eine Werkrealschule einzuführen – womit gleichzeitig viele Hauptschulstandorte im ländlichen Raum in ihrer Existenz gefährdet werden. Kein Geld für den Ganztagschulbetrieb – gleichzeitig Schulen im ländlichen Raum gefährden: Wenn das keine Konzeptlosigkeit ist, was dürfen wir dann noch erwarten?

Ich möchte beim Thema Schule bleiben. In unserem Landkreis gibt es neben einer Vielzahl von Kindern aus Niedriglohnfamilien ca. 5.000 Kinder unter 18 Jahre, die von Hartz IV leben müssen. Das bedeutet, in unserem Landkreis gibt es immer noch viele Schulkinder, die sich ein warmes Mittagessen an ihrer Schule nicht leisten können. Das können und dürfen wir nicht zulassen. Wir fordern daher die Verwaltung auf, unverzüglich ein Konzept zu erarbeiten und dem Kreistag vorzulegen, mit dem jedes Kind finanziell in die Lage versetzt wird, ein warmes Mittagessen in der Schule einnehmen zu können.

Gleiches gilt für die im ÖPNV drohenden Fahrpreiserhöhungen. Diese dürfen nicht durch Erhöhung der Eigenanteile der Schüler, die auf den ÖPNV angewiesen sind, durchgereicht werden.

Meine Damen und Herren,

ich hatte eingangs erwähnt, dass Maßnahmen im Bereich von Klimaschutz und Energieeffizienz ohne Begründung aus dem Haushaltsentwurf gestrichen worden sind. Die geplanten Fassadensanierungen stellen keineswegs Schönheitsreparaturen dar. Vielmehr haben diese das Ziel von erheblichen Energieeinsparungen. Damit wird der finanzielle Aufwand für die Schulzentren gesenkt und durch Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Wir dürfen hier nicht nur diskutieren, sondern wir müssen auch handeln! Denn, Worte verfliegen im Wind, nur Taten schlagen Wurzeln.

Deshalb ist die Fortführung des Gebäudesanierungsprogramms so wichtig – in diesem Bereich liegen die unmittelbar größten Energie- und CO<sub>2</sub>-Einsparpotentiale. Gleichzeitig stellen die Maßnahmen auch regionale Wirtschaftsförderung dar und bringen bei steigenden Energiepreisen dem Kreis auch langfristig einen Nutzen.

Für solche Zukunftsinvestitionen - im Interesse unserer Kinder - sind auch Schulden in moderater Höhe legitim. Vor allem sind diese Maßnahmen wichtige Bausteine auf dem Weg zum großen Ziel: Der Kreis muss bis 2030 von Energieeinfuhren unabhängig und somit energieautark werden.

Der Kreis benötigt demnach einen Fahrplan, um gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern, Unternehmen und Kommunen dieses Ziel zu erreichen und seine Koordinationsaufgaben gegenüber den Kommunen erfüllen zu können. Dieser Fahrplan ist das bereits beschlossene Klimaschutzkonzept. Das mit der Erstellung beauftragte Wuppertal Institut kann unverzüglich mit der Arbeit beginnen, denn durch die Ansätze in den Haushaltsplänen 2010, 2009 und 2008 sind die erforderlichen Mittel in Höhe von 120.000 Euro bereits vorhanden - unabhängig davon, wann (und ob) ein Zuschuss des Bundes noch fließt! In diesem Zusammenhang schlagen wir vor, die Federführung des Klimaschutzkonzeptes auf die Energieagentur zu übertragen und dort die bereits vorhandenen Mittel bereitzustellen.

Diese Art von Maßnahmen sollten allerdings immer seitens der Verwaltung mit einer sorgfältigen Wirtschaftlichkeitsberechnung begleitet werden, um somit eine Entscheidungsgrundlage zu erhalten. Gleiches gilt für die Photovoltaikanlage auf dem beruflichen Schulzentrum Schorndorf. Nach unserer Erkenntnis unterliegt eine Photovoltaikanlage des Kreises den gleichen Bedingungen wie eine Photovoltaikanlage von Privatpersonen. Letztere investieren jedoch fleißig, da sie wissen, dass sich eine Photovoltaikanlage auf jeden Fall amortisiert.

Die SPD-Fraktion beantragt daher,

- a) die im ursprünglichen Haushaltsentwurf eingestellten Mittel für Fassadensanierung in den Schulzentren Fellbach-Schmidlen, Backnang und Waiblingen sowie die Mittel für die Errichtung einer Photovoltaikanlage im beruflichen Schulzentrum Schorndorf in

den Haushalt zu übernehmen und

- b) diese Maßnahmen mit einem entsprechenden Haushaltsvermerk zu versehen, bis eine ausführliche Wirtschaftlichkeitsberechnung seitens der Verwaltung vorgelegt wird.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns zumindest einmal im Jahr zu einer Radtour mit verschiedenen Startorten und einem gemeinsamen Ziel treffen. Dann würde schnell deutlich, dass der Kreis kein zusammenhängendes Radwegenetz hat. Wir schlagen vor, die Planung im Jahr 2010 durchzuführen, damit wir ein attraktives Radwegenetz unter Einbindung von Waldbus und Tourismusbahn anbieten können. Wir dürfen unsere sehenswerte und liebenswerte Landschaft nicht verstecken! Sie ist ein wichtiges Pfund in unserem großen Flächenlandkreis.

RMK

Die Rems-Murr-Kliniken erfordern nach wie vor beträchtliche finanzielle Unterstützung durch den Kreis. Diese wird wohl auch in den nächsten Jahren erforderlich sein, wenn wir in unserem Landkreis eine angemessene medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherstellen wollen. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2010 weist einen Fehlbetrag von 7,54 Mio. Euro aus, welche rd. 1,5 Mio Euro geringer ausfällt als im Vorjahr. Neben den allgemeinen Entwicklungen bei Personal- und Sachkosten ist die Verminderung des Fehlbetrages sicher auch darauf zurückzuführen, dass zielstrebig an einer verbesserten Ertragssituation der Häuser z.B. durch Bildung neuer Schwerpunkte in allen drei Häusern gearbeitet worden ist. (Jahrelang forderte unser verstorbener Kollege Dr. Russ die Einrichtung einer Kardiologie mit Herzkatheder – heute ist diese zu einer „Erfolgsstory“ geworden). Die Aufrechterhaltung einer guten und angemessenen gesundheitlichen Versorgung an allen drei Häusern erscheint uns auch deshalb wichtig, weil gar nicht erst der Eindruck entstehen darf, dass die Häuser in Waiblingen und Backnang „Auslaufmodelle“ sind. Der Kreis kann kein Interesse an einer vorzeitigen Patientenabwanderung in großer Zahl haben.

Zunehmend hören wir bei Stellenbesetzungen mit Fachkräften für die Rems-Murr-Klinik, dass dies nicht immer einfach ist. Dies hängt mit den Standortfaktoren zusammen, wie Ausstattung der Klinik, Erreichbarkeit und vieles andere mehr. Einer dieser Faktoren, und unserer Meinung nach einer der wichtigsten, da er die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht, ist die Einrichtung einer Kindertagesstätte für das Klinikpersonal. In Winnenden entsteht ein großes Klinikenzentrum neben der bereits bestehenden Landeslinik. Wir beauftragen deshalb die Verwaltung, mit dem Land Verhandlungen aufzunehmen und die Möglichkeiten und Finanzierung einer Kindertagesstätte für beide Kliniken im neuen Klinikgebäude zu erörtern und den Kreistag und den Aufsichtsrat über das Ergebnis dieser Verhandlungen so rasch wie möglich zu informieren.

Meine Damen und Herren,

leider gestaltet sich die Nachnutzung der Häuser sehr schleppend. Es rächt sich jetzt, dass der Kreistagsbeschluss aus dem Jahr 2004 sträflich vernachlässigt worden ist. Wir unterstützen vorbehaltlos die Errichtung eines Ärztehauses / Gesundheitszentrums in Backnang, das ein breites medizinisches Spektrum abdecken soll. Wir erwarten, dass der Landkreis seiner Pflicht nachkommt, zum Gelingen und Erfolg dieses Zentrums und damit einer hochwertigen ambulanten Versorgung mit ärztlicher Notfallversorgung beizutragen. Gern würden wir uns auch bereits heute zu Waiblingen äußern, doch es liegen noch keine diskutablen Vorschläge auf dem Tisch.

Des Weiteren verweisen wir auf unseren Antrag, dass neben dem Gesundheitszentrum auf dem Krankenhausareal in Backnang eine weitere medizinische Einrichtung – z.B. eine Reha-Klinik – ins Auge gefasst werden sollte, um den Verlust des Krankenhauses wenigstens teilweise zu kompensieren. Dies mag schwierig sein, aber die Verwaltung muss eben einen langen Atem haben!

Es versteht sich übrigens von selbst, dass eine Nachnutzung für die beiden Häuser in Waiblingen und Backnang nur in enger Kooperation mit den beiden Kommunen entwickelt wird, sie haben die Planungshoheit.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Haushaltsentwurf lässt viele Fragen offen, die durchaus beantwortet werden könnten. In sämtlichen Bereichen weist der Haushalt inzwischen hohe Aufwendungen aus. Eine Schwerpunktarbeit des Landkreises, die vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sowie leerer Kassen dringend notwendig wäre, können wir aus dem Haushalt nicht ablesen. Es wäre durchaus wünschenswert.

Vielmehr werden Aufgaben in Doppelstrukturen erledigt. Das Nebeneinander von Wirtschaftsförderer, Europa- und Tourismusbeauftragten, Stabsstelle Klimaschutz, Energieagentur, Fremdenverkehrsverband, Zweckverband Wieslaufalbahn und was es sonst noch an Einrichtungen zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landkreises gibt, ist unübersichtlich und allein schon deshalb ineffizient und ineffektiv. Wir fordern eine Verschlinkung dieser Strukturen zur Effizienzsteigerung bei gleichzeitiger Kostenreduzierung.

In den Haushalten 2009 und 2010 wurden insgesamt 43,15 Stellen von Beamten und Beschäftigten neu geschaffen. Dies bedeutet einen Zuwachs an Personalkosten von rund 2,1 Mio. Euro pro Jahr. Die Schaffung von Stellen in der Jugendarbeit - insbesondere vor dem Hintergrund des schrecklichen Ereignisses in Winnenden und Wendlingen – sind dringend notwendig und müssen schnellstmöglich besetzt werden.

Über die anderen neu zu schaffenden Stellen fehlt im Haushaltsentwurf allerdings jegliche Begründung, die zu den Haushaltsberatungen nachzureichen ist.

Einen weiteren Kostenfaktor stellen die extern in Auftrag gegebenen Gutachten dar. Bei einem Verwaltungsapparat mit rd. 1.720 Stellen ist es sicherlich möglich, den internen Fachver-

stand effizient einzusetzen. Auch hier liegt ein Menge Einsparpotenzial brach, das genutzt werden muss. Wir fordern daher die Verwaltung auf, unverzüglich mit einer konstruktiven Aufgabenkritik zu beginnen, um somit eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung konsequent umzusetzen. Dieser Haushalt nach neuem Haushaltsrecht stößt die Türe für Veränderungen auf. Wir werden das neue Haushaltsrecht nutzen, um fehlende Ziele und Leistungen zu definieren und unsere Forderungen einzubringen. Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, die Ansätze im Haushalt zu korrigieren, die aus unserer Sicht mit Blick auf die Zukunft nicht zu verantworten sind.

Meine Damen und Herren, wir tragen eine große Verantwortung! Wir tragen Verantwortung, damit Ihr metaphorisches Schiff, Herr Landrat, noch nicht einmal mit gedrosselter Geschwindigkeit weiterfährt. Wer auf einen Eisberg zufährt, kann das Unglück nicht verhindern in dem er die Schiffsgeschwindigkeit drosselt, nur eine Kursänderung kann das Schiff retten. Wir tragen Verantwortung, dass das Schiff nicht mit dem Namen „Titanic“ in Verbindung gebracht wird. Diese Verantwortung ist geprägt von Mut und Voraussicht. Mut, in einer finanziell schwierigen Zeit Wege zu gehen, die sich als nicht ganz einfach und bequem erweisen werden. Voraussicht, dass diese Wege richtig und nachhaltig sind, um die Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises, unseren Landkreis, in eine gute und sichere Zukunft verlässlich zu führen.

Meine Damen und Herren, wir, wie auch die kreisangehörigen Kommunen, fahren alle im selben Boot. Wir sollten allerdings froh darüber sein, dass wir nicht alle auf derselben Seite stehen!

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und aller Kreiseinrichtungen danken wir für Ihre Arbeit. Dank gilt auch Ihnen Herr Landrat sowie den Dezernenten und Amtsleitungen. Besonders danken wir Herrn Kreiskämmerer Karsten mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie, lieber Herr Karsten, haben mit Ihrem letzten Haushalt noch einmal bewiesen, mit welcher großer Freude Sie Ihre Arbeit erledigten. Wir wünschen Ihnen, dass Sie Ihren privaten Haushalt bei langer und bester Gesundheit ebenso genießen können.

Für die SPD-Fraktion darf ich erklären, dass wir der Haushaltssatzung und allen Teilplänen unter Berücksichtigung unserer Anträge zustimmen.